

Prof. Dr. Paul JJ Welfens, Präsident des Europäischen Instituts für internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) eV an der Bergischen Universität Wuppertal; Lehrstuhl Makroökonomik, und Jean Monnet Chair für Europäische Integration, Non-resident Senior Research Fellow at AICGS/Johns Hopkins University; IZA Research Fellow, Bonn. (www.eiiw.eu) welfens@eiiw.uni-wuppertal.de; Tel +49 0202 4391371, [2015= 20 Jahre EIIW – preisgekrönte ökonomische Forschung](#) 6. Juli 2015 [Verhandlungsangebot falsch *einige Reformenerfolge * Investitionsschwäche überwinden *Reformerfahrungen aus Osteuropa nutzbar *Privatisierung, Schuldenschnitt, Verfassungsreform](#) (pr2015GRIECHInvestitionenEIIWWelfens)

Sonderbares Verhandlungsangebot an Griechenland – Reformen nach dem Referendum

Das Platzen der Verhandlungen Ende Juni 2015 zwischen Griechenland und den Institutionen – IMF, Europäischer Zentralbank, Europäischer Kommission – hat das Land weiter zum ökonomischen Abgrund geführt. Nachdem 2014 Wirtschaftswachstum entstand, ist das Land in 2015 unter der Tsipras-Regierung wieder in die Rezession gerutscht. Tsipras hat vor dem Referendum angekündigt, man werde binnen 48 Stunden mit den Gläubigern eine Abmachung erzielen, ist indes Wunschdenken. Das ist ökonomisches Gauklertum: mit Finanzminister Varoufakis als Politiker mit falschem Theorieansatz. [Varoufakis hat über Monate versucht, über Medienbeiträge darzulegen, dass Italien, Spanien und Portugal so wie Griechenland seien](#), wenn letzteres in Konkurs ginge, ginge der € unter. [Aber, die Reaktionen der Börsen am 29./30. Juni zeigen minimale Zinserhöhungen für Italien, Spanien, Portugal. Allerdings ist das Verhandlungsangebot an Griechenland vom 24. Juni in der Substanz unverständlich, da es doch keinerlei Schuldenschnitt vorsah, während das IWF-Papier zur Schuldentragfähigkeit – veröffentlicht am 26. Juni, allen EU-Ländern bekannt aber schon eine Woche zuvor – von der Notwendigkeit eines Schuldenschnitts spricht. Deutschlands Betonung des IWFs wirft die wichtige Frage auf, weshalb man das Papier ignorierte.](#)

Griechenland hat durchaus [Anpassungsfortschritte bei der Leistungsbilanzdefizitquote erreicht](#), die stark vermindert werden konnte: von -15% in der Spitze der Krisenzeit 2010-15: hin auf 0% Ende 2014. Da ist Griechenland ähnlich gut wie Spanien, Portugal und Irland. [Aber dieser Fortschritt bei den Nettoexporten ist zu relativieren durch eine dramatische Fehlentwicklung bei der Investitionsdynamik:](#) Die Relation von Investitionen zum Bruttoinlandsprodukt ist von etwa 25% in den Jahren vor 2008 auf kaum die Hälfte in 2014 gesunken. Der mehrjährige Rückgang der Investitionsquote auf ein derart niedriges Niveau ist ein ökonomisches Desaster; anhaltendes Wirtschaftswachstum ist nur zu erwarten, wenn die Investitionsquote ansteigt – ohne einen solchen Investitionsanstieg könnte das Niveau des Pro-Kopf-Einkommens über Jahre noch weiter absinken. Ob jedoch mit der Tsipras-Regierung ein Investitionsanstieg möglich ist, scheint wegen deren wirrer Politik zweifelhaft. Der enorme Rückgang der Investitionsquote kann durch das Zusammenspiel von politischer Instabilität, fünfjähriger Dauerrezession und geschrumpften Vertrauens der Investoren in den Staat sowie fehlende Privatisierung erklärt werden. 99% des riesigen Staatsvermögens sind auch fünf Jahre nach dem Krisenstart 2010 nicht privatisiert, von den angekündigten 50 Mrd. € an angekündigten Privatisierungserlösen sind weniger als 1/10 realisiert worden. Die Tsipras-Regierung hat aus ideologischen Gründen Privatisierungen blockiert; das ist unklug. Griechenland hat seit dem 29. Juni 2015 geschlossene Banken und vermutlich wird es innerhalb der Eurozone in Konkurs gehen. Wenn ein Staatskonkurs kommt, wovon mit der Ende Juni angekündigten Nichtzahlung von IWF-Verpflichtungen auszugehen ist, dann werden sich [Griechenland und die staatlichen Gläubiger im Pariser Club](#) – in Frankreichs Finanzministerium – wiedersehen. Diesem Land werden dann in etwa die Länder wieder gegenüber sitzen wie auch schon bei den Verhandlungen in Brüssel; plus USA, Kanada, Vereinigtes Königreich, Russland und Japan. [Voraussetzung für jede Abmachung im Pariser Club ist allerdings wieder ein IWF-Abkommen](#) – da ist die Tsipras-Regierung bislang ja immer gegen - und damit ist klar, dass die Tsipras-Politik das Land ins Nirgendwo führt. [Wenn Griechenland in Konkurs geht, dann innerhalb der Eurozone](#); das wäre konsequent, wobei die EU-Länder dem Land in einer Übergangszeit vernünftig helfen sollten. Dass die

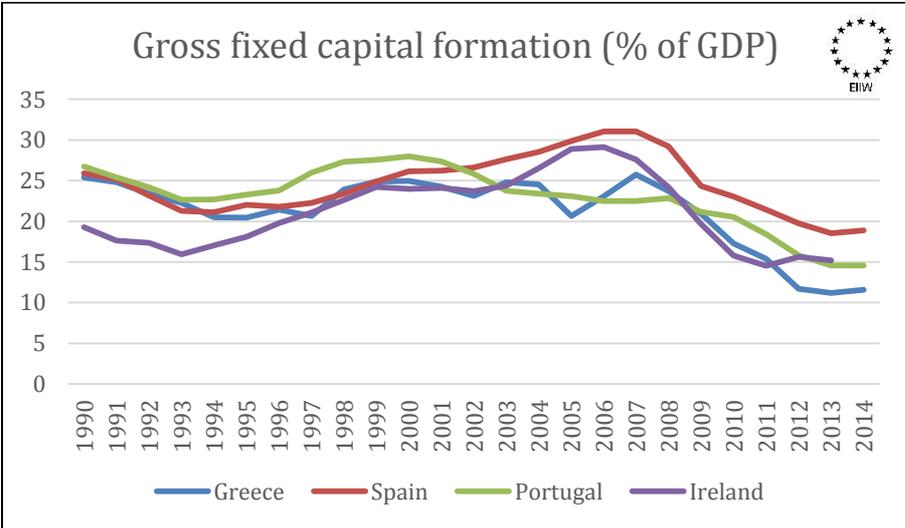
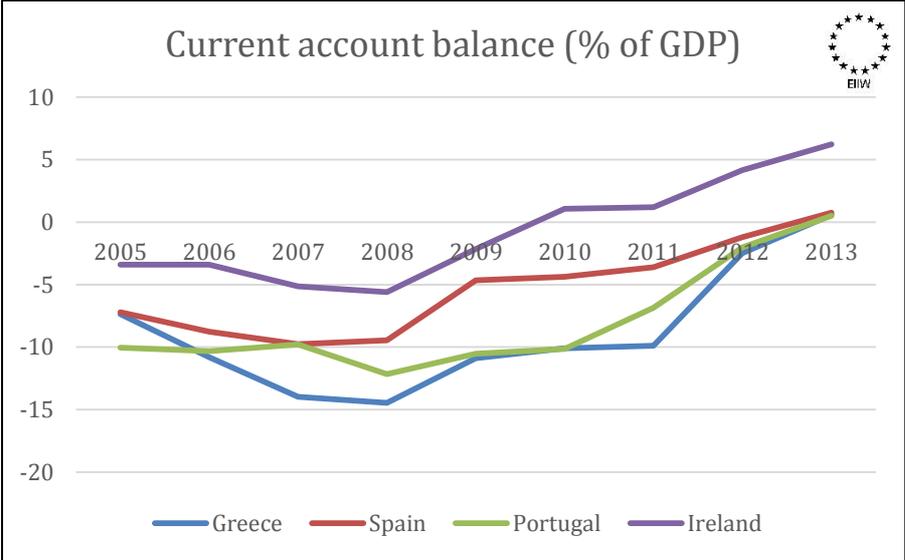
Tsipras-Regierung gerade zu Beginn der Tourismus-Saison den Staatskonkurs mitsamt einem Referendum inszeniert, ist eine **massive Schädigung der griechischen Wirtschaft für Jahre.**

Ein Austritt Griechenlands aus dem Euro ist nicht empfehlenswert. Erstens gibt es juristisch keine solche Option und die EU ist eine Politik-, Wirtschafts- und Rechtsgemeinschaft. Zweitens wäre der Austritt für Griechenland ein ökonomisches Desaster, denn die private Auslandsverschuldung – in abgewerteter Währung kaum von den Unternehmen zu bedienen – würde ausgedrückt in einer neuen Drachme enorm hoch sein; die Fähigkeit und Bereitschaft von Unternehmen zu investieren, wäre sehr gering. Eine massive Abwertung von etwa 60% gegenüber dem Euro könnte eine hohe Inflationsrate von mehr als 50% zur Folge haben und wird letztlich auch enorme Umverteilungseffekte zulasten etwa von Rentnerhaushalten zur Folge haben. Aus dem Ausland kämen wohl auch nur geringe Investitionen, solange das grundlegende Problem Griechenlands nicht gelöst ist, nämlich die Einführung einer neuen vernünftigen Verfassung, die zu Stabilität, Effizienz, effektiver Verwaltung und zu Vertrauen beiträgt. **Wer Griechenland den GREXIT, den Euro-Austritt, empfiehlt und dabei auch noch positiv auf die Erfahrungen Argentiniens verweist, der hat offenbar keine Ahnung von dem seit dem Konkurs von 2001 bestehenden Elend in Argentinien auch noch in 2015.**

Das Krisenmanagement der Eurozone war 2010-2014 insgesamt nicht gut und natürlich ist auch der IWF zu kritisieren, dessen immer wieder viel zu optimistische Vorhersagen zur Einkommensentwicklung in Griechenland nicht für optimale Beratungsqualität stehen. Vor allem ist mit Nachdruck zu fragen, warum in Berlin so ein kurzes historisches Gedächtnis besteht: Deutschlands demokratisches System zerbrach praktisch in den frühen 1930er Jahren in einer Wirtschaftskrise mit drei aufeinanderfolgenden Rezessionsjahren und bei -16% als Rückgang des realen Bruttoinlandsproduktes; eine Mehrheit von politischen Radikalen wurde gewählt. Dass man in Griechenland nach 25% Einkommensrückgang eine Zerstörung des politischen Systems bzw. eine Mehrheit der politisch Extremen bekommen würde, bedurfte keines Orakels von Delphi. Dass die Eurozone das Griechenland-Problem mit Schwächen im Krisenmanagement anging, ergibt sich aus dem Fehlen zwingender Privatisierungsvorgaben für Griechenland schon in 2010. 1% Privatisierung in fünf Jahren 2010-2014 ist eine unglaublich schwache Privatisierungsleistung bzw. Regierungsblockade.

Aus erfolgreichen wachstumsförderlichen Reformen der 90er Jahre in osteuropäischen Transformationsländern kann man für Griechenland einiges lernen: Notwendig ist eine Verfassungsreform einerseits, andererseits Privatisierungen, Verstärkung der Wettbewerbspolitik und Anreize für mehr Direktinvestitionen. Impulse für die Expansion des Sektors der Informations- und Kommunikationstechnologie und der erneuerbaren Energien sind wünschenswert. Ein Teilelement für mehr Wachstum kann ein bedingter Schuldenschnitt sein, der in drei Stufen rund 100 Mrd. € umfassen sollte; in dieser Höhe wird dann ein etappenweiser Schuldenschnitt gewährt. Damit kann die Schuldenquote bis 2020 zudem über Wirtschaftswachstum gesenkt werden. **Das Thema drittes Hilfspaket ist aus EU-Sicht sinnvoll in Kombination mit Schuldenschnitt-/Privatisierungsfragen zu verhandeln.**

Der IWF wird mit Griechenland eine Vereinbarung anstreben, wann die ausstehende Rate nachgezahlt werden soll; die **EU-Länder werden unter IWF-Druck mittelfristig einen Schuldenschnitt als Basis langfristiger Schuldentragfähigkeit hinnehmen müssen**, denn gerade aus Sicht der Bundesregierung ist eine Mitwirkung des IWFs als unabdingbar erklärt worden. Selbst wenn dieser Schnitt 30% der Staatsschulden Griechenlands, also etwa 100 Mrd. € erreichen sollte, dann sind das nur 1% des Bruttoinlandsproduktes der Euro-Länder. **Durch Lösung der Griechenlandkrise kann das Wachstum der Euro-Länder positiv beeinflusst werden, eine Erhöhung des Bruttoinlandsproduktes um 0,1% würde bedeuten, dass binnen einer Dekade die rechnerischen Griechenland-Verluste für (deutsche) Steuerzahler mehr als neutralisiert wären.** Griechenland sollte mittelfristig eine **neue Verfassung** verabschieden, denn die Investitionsschwäche reflektiert vor allem **unzureichende Institutionen** des Landes.



Quelle: Weltbank